

Biogaskraftwerk zurück auf Feld eins

Von Simon Thönen. Aktualisiert um 08:10

In letzter Minute muss das Projekt für ein Vergärungskraftwerk in Krauchthal gestoppt werden, weil die Stadt Bern zu wenig Grünabfälle liefern kann. Die Kewu will nun ein kleineres Werk bauen.



Zu wenig Kompost: Weil die Stadt Bern nur 4000 anstatt der zugesagten 6000 Tonnen Grünabfälle liefern kann, wird das Projekt eines Biogaskraftwerkes in Krauchthal auf Eis gelegt.

Bild: Valérie Chételat

Artikel zum Thema

Biogas aus der Kloake

Kampf um begehrte Bio-Abfälle drückt Öko-Strompreise

«Zusätzliche Anlage in der Region Bern macht keinen Sinn»

Vergärungskraftwerk

Als das Projekt für ein Biogaskraftwerk in Krauchthal 2009 ausgeschrieben wurde, waren

Seit vier Jahren plant die Kewu AG, das Entsorgungsunternehmen von 13 Vorortsgemeinden, ein Biogaskraftwerk bei der bestehenden Kompostieranlage in Krauchthal. Im Vergärungskraftwerk sollte aus Grünabfällen Biogas hergestellt werden, mit dem wiederum ein kleines Kraftwerk betrieben würde.

Gestern nun teilte die Kewu mit, dass das Projekt, das schon auf der Zielgeraden war, «zurück auf Feld eins» gestellt werde. Die Ursache ist laut Pressecommuniqué die

nur Anlagen wirtschaftlich, die jährlich mindestens 20'000 Tonnen Grünabfälle verarbeiten. Damit lässt sich grüner Strom für rund 550 Haushalte produzieren.

Inzwischen seien aber auch kleinere Anlagen wirtschaftlich, schreibt die Kewu in ihrer Medienmitteilung: «Bereits vorliegende Richtofferten für eine Anlage von 12'000 Jahrestonnen zeigen auf, dass der technische Fortschritt, der tiefere Eurokurs und die verstärkte Konkurrenz auf dem Markt neuerdings auch eine kleinere Vergärung wirtschaftlich interessant machen kann, was bisher nicht der Fall war.» So hat die Kewu für eine solche kleinere Anlage kürzlich vier Richtofferten erhalten. Zum Vergleich: 2009 hatte für das geplante grössere Werk einzig der Marktführer Axpo Kompogas eine Offerte eingereicht.

Eine solche kleinere Anlage für 12'000 Tonnen Grünabfall will die Kewu nun planen und bauen. Allerdings braucht sie zuerst eine neue Zusage, dass sie für den grünen Strom auch Tarife gemäss der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) erhalten wird. Denn die KEV-Zusage für das bisherige Projekt war an die Auflage geknüpft, dass bis Ende 2012 eine Baubewilligung erteilt ist. Dieser Zeitplan lässt sich nun nicht mehr einhalten. Die Verkleinerung des Projekts dürfte zu Verzögerungen um mehrere Jahre führen.

verursachergerecht verrechnen müsse. Heute ist diese gratis, das heisst, sie wird bereits über die Abfallgrundgebühr finanziert.

Wahrscheinlich müsse Bern etwas Ähnliches einführen wie Zürich, sagte Rytz. Dort müssen Einwohner inzwischen ein Grüngut-Abonnement lösen, wenn sie wollen, dass die Stadt ihren Grünabfall einsammelt. «Dies erfordert wahrscheinlich eine Änderung des Abfallreglements und eine intensive politische Debatte», sagte Rytz. Offen sei, wie sich ein solcher Systemwechsel auf die Menge des Grünguts auswirken würde. Denn vielleicht würde ja weniger Grüngut vor die Türe gestellt, sobald dafür separat gezahlt werden müsste.

Mit der Gebührenfrage verknüpft ist auch das Thema der Einsammlung von Rüst- und Speiseabfällen aus den Haushalten, welche der Stadtrat schon im Jahr 2009 gefordert hat. «Dazu finden ebenfalls intensive Abklärungen statt», sagte Rytz. Ihre 4000 Tonnen Grünabfall wird die

Stadt Bern, die sich gemeinsam mit Köniz am Projekt beteiligen wollte. «Kurz vor dem Startschuss zur Realisierung der Anlage revidierte die Stadt Bern früher gemachte Zusagen hinsichtlich Mengen, Zeitplanung und Bindungsdauer», schreibt die Kewu. Der wesentlichste Punkt sei, dass die Stadt der Kewu am Mittwoch mitgeteilt habe, sie könne nur 4000 Tonnen Grünabfälle statt der ursprünglich zugesagten 6000 Tonnen oder mehr liefern.

«Überrascht, nicht konsterniert»

Man habe dies «mit Bedauern» zur Kenntnis genommen, sagt auf Anfrage Kewu-Verwaltungsratspräsident und SP-Grossrat Peter Bernasconi: «Ich bin ein bisschen überrascht, auch über den Zeitpunkt.» Konsterniert sei er jedoch nicht. Es gebe inzwischen durchaus Möglichkeiten für ein kleineres Biogaskraftwerk, das mit nur 12 000 statt mit den geplanten 20 000 Tonnen Grünabfällen jährlich betrieben werden könne. Die Kewu will nun die Planung für eine solche kleinere Anlage an die Hand nehmen (siehe Kasten rechts unten).

Stadt: Gericht schafft Unsicherheit

Die zuständige Stadtberner Gemeinderätin Regula Rytz (GB) bestätigte auf Anfrage, dass die Stadt momentan nicht mehr als 4000 Tonnen Grünabfall für das geplante Vergärungskraftwerk der Kewu zusichern könne. Die Ursache sei ein wegweisendes Bundesgerichtsurteil zu den Abfallgebühren einer Westschweizer Gemeinde. Aus diesem leiten die Juristen der Stadt ab, dass Bern künftig den Bürgern die Abfuhr von Grünabfällen

Stadt nun vorderhand weiterhin an eine Kompostieranlage in Sugiez liefern. Die Stromproduktion durch Vergärung bleibt für Rytz aber ein Ziel. Sie verwies darauf, dass es in Sugiez, aber auch in der näheren Umgebung von Bern Projekte für Biogaskraftwerke gibt. Die Stadt werde diverse Optionen haben, falls sie den Auftrag für die Verwertung der Grünabfälle neu ausschreibe. Denkbar sei auch eine spätere Beteiligung an der Kewu, falls diese ihre Anlage in einer zweiten Etappe ausbauen sollte.

Auch Köniz legt Beteiligung auf Eis

Mit der neuen Entwicklung ist auch die Beteiligung von Köniz am Kewu-Projekt infrage gestellt. «Im Moment ist es für uns auf Eis gelegt», sagte Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne). Köniz bleibe aber «grundsätzlich an der Vergärung interessiert» und könnte sich zu einem späteren Zeitpunkt eine erneute Beteiligung am Kewu-Projekt oder an einem anderen Projekt vorstellen. (Der Bund)

Erstellt: 09.12.2011, 08:04 Uhr